
Ihr/e Gesprächspartner/in: Marc Knülle, Gerhard Schmitz-Porten

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, BRB,

Federführung:

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am:

Antrag

Datum: 27.01.2011

Drucksachen-Nr.: 11/0053

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	02.02.2011	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Bildungsqualität schaffende Investitionen forcieren - nur zukunftsrelevante Investitionen tätigen - Leerstände verhindern

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Anbetracht der sich deutlich verändernden Schülerzahlen und -struktur im Grundschulbereich, die Notwendigkeit der vorgesehenen Investitionen in Grundschulgebäuden zu überprüfen.

Ferner soll von der Verwaltung dargelegt werden, wie an jedem Schulstandort zukünftig ein Lehrbetrieb mit ausreichender Infrastruktur gewährleistet werden kann, insbesondere vor dem Hintergrund der Überlegungen zum gebundenen Ganztag.

Teil der Überprüfung soll auch der Umstand sein, dass etwaige Überangebote an Räumen anderen Nutzungen zugeführt werden könnten.

Begründung:

Die Verwaltung strebt in den nächsten Jahren erhebliche weitere Millioneninvestitionen in den Gebäuden der Grundschulen an. Der Ausbau von Angeboten im Rahmen von OGS

wird dagegen auf Grund der Finanzlage nicht so einfach finanzierbar sein. Auch die Ausstattung der Grundschulen entspricht manchmal kaum dem heutigen „Stand der Wissenschaft“.

Die demographischen Entwicklungen und die analysierenden Aussagen des Schulentwicklungsplaners können nicht unberücksichtigt bleiben und müssen auf Grund der neuesten Entwicklungen fortgeschrieben werden.

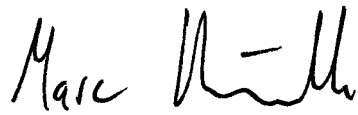
Die zurückgehenden Schülerzahlen, sowie veränderte Schülerströme und ein Mehrbedarf an Betreuung machen einen Handlungsbedarf deutlich und darauf muss die Politik verantwortlich reagieren. Allein durch die Wiedereinführung der Grundschuleinzugsbereiche kann sich an den Schülerströmen etwas ändern.

Weiter in Schulgebäude zu investieren, die eventuell teilweise in der Zukunft nicht mehr benötigt werden, macht keinen Sinn. Das knappe Geld für die Stärkung der bestehenden Schulangebote zur Qualitätsverbesserung zu verwenden, ist dagegen das „Gebot der Stunde“.

Schulstandorte haben auch ihre soziale, strukturelle Rolle in den entsprechenden Stadtteilen was bei allen Überlegungen berücksichtigt bleiben muss.

Kooperation von bestehenden Grundschulen, sowie die Umwandlung von freiwerdenden Räumen in den Stadtteilen zu anderen Angeboten sind eine zu prüfende Option. Dabei wäre dann insbesondere auf benötigte generationsübergreifende Angebote Rücksicht zu nehmen.

gez. Gerhard Schmitz-Porten
(Stellvertretender Fraktionsvorsitzender)


(Fraktionsvorsitzender)